



Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband)

Stand vom 13.11.2024 13:53:02 bis 04.04.2025 09:31:02

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001044
Ersteintrag:	23.02.2022
Letzte Änderung:	13.11.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	19.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Am Weidendamm 1A 10117 Berlin Deutschland</p>

Telefonnummer: +49307262520

E-Mail-Adressen:

info@dehoga.de

Webseiten:

www.dehoga.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

850.001 bis 860.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

3,30

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Guido Zöllick

Funktion: Präsident

2. Angela Inselkammer

Funktion: Stv. Präsidentin

3. Otto Lindner

Funktion: Stv. Präsident

4. Stephan von Bülow

Funktion: Stv. Präsident

5. Gereon Haumann

Funktion: Schatzmeister

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (6):

1. Ingrid Hartges

2. Jürgen Benad

3. Sandra Warden

4. Dr. Uta Stenzel

5. Aurélie Bergen

6. Guido Zöllick

Gesamtzahl der Mitglieder:

25 Mitglieder am 18.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)

2. Lebensmittelverband Deutschland e.V.

3. Hotelverband Deutschland (IHA) e.V.

4. Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW)

5. Bundesvereinigung der Musikveranstalter e.V. (BVMV)

6. HOTREC Hospitality Europe

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (31):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Parlamentarisches Verfahren; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; EU-Gesetzgebung; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Urheberrecht; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Rente/Alterssicherung; Tourismus; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Mittelstandspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DEHOGA ist die Interessenvertretung der Gastronomie und Hotellerie in Deutschland. Im DEHOGA Bundesverband sind 17 Landesverbände, zwei Fachverbände - der Hotelverband Deutschland (IHA), die UNIPAS (Union der Pächter von Autobahn-Service-Betrieben) - sowie die vier Fachabteilungen Systemgastronomie, Gemeinschaftsgastronomie, Catering und Discotheken zusammengeschlossen.

Aufgabe des DEHOGA ist es, auf nationaler und internationaler Ebene die Interessen der Hotellerie und Gastronomie gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit wahrzunehmen. Der DEHOGA setzt sich für die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und eine gute Wirtschaftspolitik ein, deren Ziel der unternehmerische Erfolg ist.

Dazu zählen insbesondere gewerberechtliche, steuerliche, arbeitsmarkt-, sozial- und tarifpolitische Belange sowie Umwelt- und Verbraucherschutz und die Förderung der Aus- und Weiterbildung. Zum Zwecke dieser Interessenvertretung nimmt der DEHOGA Kontakt zu den verantwortlichen Bundesministerien, zu den Mitgliedern und Gremien des Deutschen Bundestages auf und steht diesen für Auskünfte zur Verfügung. Es werden Gespräche mit den zuständigen Vertretern der Bundesregierung, der Ministerien und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt.

Darüber hinaus führt der DEHOGA Veranstaltungen wie den Branchentag oder das parlamentarische Frühstück durch, zu denen auch Vertreter der Bundesregierung und Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Wiedereinführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleist.

Beschreibung:

Bis zum 31.12.2023 galt ein reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen in Höhe von 7% (mit Ausnahme der Abgabe von Getränken). Der DEHOGA spricht sich für eine Wiedereinführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes aus.

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

2. **Reduzierung der Bürokratielasten vor dem Hintergrund des Bürokratieentlastungsgesetzes IV**

Beschreibung:

Der DEHOGA spricht sich für einen konsequenten Bürokratieabbau aus. Dazu bedarf es weiterer Anpassungen und Änderungen des Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2406130022](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.05.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

2. [SG2406180047](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

3. Ausweitung der Tierhaltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung (Gastronomie)

Beschreibung:

Das BMEL plant, die seit 2024 geltende staatliche, verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung (Haltungsformen: „Stall“, „Stall+Platz“, „Frischluftstall“, „Auslauf/Weide“ und „Bio“) für frisches Schweinefleisch, gekühlt oder gefroren, verpackt oder unverpackt, die bisher nur den Handel betrifft, auf die Gastronomie bzw. Außer-Haus-Verpflegung auszudehnen. Die Kennzeichnungspflicht geht über europäische Vorgaben hinaus. Der DEHOGA lehnt diese Bestrebungen ab und spricht sich für freiwillige Lösungen aus.

Betroffenes geltendes Recht:

TierHaltKennzG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409130007 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Änderung des TierschutzG, Neuer Sachkundenachweis Kopffüßer und Zehenfußkrebse

Beschreibung:

Für die Gastronomie geht es um die Frage, ob zukünftig Köche und andere Küchenmitarbeitende, die zum Beispiel Hummer, Krabben oder Flusskrebse zubereiten, einen zusätzlichen Sachkundenachweis für die Betäubung und Tötung der Tiere benötigen. Einen solchen zusätzlichen Sachkundenachweis im Bereich der Gastronomie von Mitarbeitenden in der Küche zu fordern, bedeutet unnötige Bürokratie, Prüfungsaufwand und Kosten. Ein solcher weiterer Nachweis ist weder erforderlich noch geboten. Die tierschutzkonforme Tötung von Krebstieren wird bereits in § 12 Absatz 11 Tierschutz-Schlachtrechtsgesetz geregelt. Daran sind auch alle in der Gastronomie arbeitenden Personen gebunden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 256/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnis-Handels-Verbotsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130062** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Ausweitung der Handwerkerausnahme auf Caterer/Gastronomie (Befreiung von der Mautpflicht)**Beschreibung:**

Ab dem 1. Juli 2024 müssen alle Fahrzeuge mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen für die Benutzung von Bundesfernstraßen Maut entrichten. Von der Mautpflicht ausgenommen werden sollen Fahrten von Handwerkern oder Personen mit handwerksähnlichen Berufen mit Fahrzeugen einer technisch zulässigen Gesamtmasse von weniger als 7,5 Tonnen. Fraglich ist, inwiefern Caterer/Gastronomen auch unter den Anwendungsbereich der Handwerkerausnahme fallen können.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 270/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BFStrMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406130067** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. Ausweitung der verpflichtenden Herkunfts kennzeichnung für Fleisch auf die Gastronomie /AHV

Beschreibung:

Das BMEL hat angekündigt, die bestehende verpflichtende Herkunfts kennzeichnung für Fleisch, die bisher insbesondere den Handel betraf (nicht vorverpacktes frisches, gekühltes oder gefrorenes Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch, unverpacktes Rinderfleisch sowie verpacktes Fleisch), auf die Außer-Haus-Verpflegung auszuweiten. Die Kennzeichnungspflicht würde über die europäischen Vorgaben hinaus gehen. Umstritten ist insoweit die Zulässigkeit nationaler Regelungen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

7. Werberegulierung für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt

Beschreibung:

Die Bundesregierung plant Einschränkungen von an Kinder gerichteter Werbung und hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt (Kinder-Lebensmittel-Werbegesetz (KLWG-E)). Diese Regelungen müssen jedoch verhältnismäßig sein.

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

8. Ernährungsstrategie der Bundesregierung "Gutes Essen für Deutschland"

Beschreibung:

Der DEHOGA vertritt die Interessen der gastronomischen Betriebe und bringt sich im Sinne der Branche in die politische Debatte ein. Eine Ernährungsstrategie kann nur gelingen, wenn die Ziele für alle Akteure nachvollziehbar, verhältnismäßig und umsetzbar sind.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10001 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Ernährungsstrategie der Bundesregierung - Gutes Essen für Deutschland

Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

9. Geplantes Verbot von Nagetier-Gift

Beschreibung:

Die Genehmigung für Giftköder in Deutschland läuft Mitte des Jahres aus. Die Verlängerung der Genehmigung ist dringend geboten, da sogenannte Schlagfallen als einzige Alternative ungeeignet sind, um die Bekämpfung von Schädlingen zu leisten. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406130077 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

10. Reduzierung von Lebensmittelabfällen in der Außer-Haus-Verpflegung

Beschreibung:

Die Reduzierung von Lebensmittelabfällen geht alle an. Politik, Wirtschaft und Verbraucher sind gleichermaßen gefordert. Unnötige Lebensmittelabfälle gilt es zu vermeiden!

Interessenbereiche:

Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Lebensmittelsicherheit [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

11. Flexibilisierung der Arbeitszeit

Beschreibung:

Umstellung von der täglichen Höchstarbeitszeit in § 3 ArbZG auf eine Wochenarbeitszeit mit in der EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehen.

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

12. Verbesserung der Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung

Beschreibung:

Ausweitung der Möglichkeiten für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, auch ohne Anerkennung ihres Berufsabschlusses in Deutschland zu arbeiten; Beschleunigung und Entbürokratisierung der Visaverfahren und Verfahren bei den Ausländerbehörden, Verbesserung der Informations- und Beratungsstruktur, Unterstützung bei der Arbeitskräftegewinnung im Ausland

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6500 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

1. Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]; BeschV 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Mittelstandspolitik

13. Beibehaltung der Vorteile des deutschen Insolvenzrechts i.R.d. EU-Regulierung zur Kapitalmarktunion

Beschreibung:

Die Vorteile des deutschen Insolvenzrechts für die Kreditfinanzierung mittelständischer Handelsunternehmen sind sicherzustellen. In diesem Zusammenhang muss der Schutz von Kreditsicherheiten auch im Insolvenzfall gewährleistet werden, um die Kreditvergabe nicht unverhältnismäßig zu erschweren oder zu verteuern.

Betroffenes geltendes Recht:

InsO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407100011 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. BFH-Urteil in Sachen Erbschaftsteuer

Beschreibung:

Nach einer aktuellen Entscheidung des Bundesfinanzhofs zählen Beherbergungsbetriebe zum Verwaltungsvermögen, das bei der Erbschaftsteuer nicht begünstigt wird. Es ist jedoch inakzeptabel, Hotels und andere Beherbergungsbetriebe bei der Erbschaftsteuer zu benachteiligen. Der DEHOGA erwartet hier eine Gleichbehandlung mit Handwerks- und Industriebetrieben.

Betroffenes geltendes Recht:

[ErbStG 1974](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Mittelstandspolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- [1. SG2409130005](#) [\(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Versendet am 07.08.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 80.001 bis 90.000 Euro

Projektförderung der DEHOGA Energiekampagne Gastgewerbe im Rahmen der Klimaschutzkampagne des BMU. Die Energiekampagne unterstützt Hoteliers und Gastronomen bei der Einsparung von Energie und der Reduzierung von CO2-Emissionen (www.energiekampagne-gastgewerbe.de). Damit soll ein Beitrag geleistet werden, um die Klimaschutzziele Deutschlands zu erreichen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

2.660.001 bis 2.670.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. DEHOGA Landesverband Nordrhein-Westfalen
2. DEHOGA Landesverband Baden-Württemberg
3. DEHOGA Landesverband Bayern
4. Initiativkreis Gastgewerbe

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[DEHOGA-EA-HHJahr-2023.pdf](#)